

Platzlabbeck

Nr. 12, Dezember 2000

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

KVB erhalten – Wettbewerb sozial gestalten

Mit Panikmache und interessant zurechtgebogenen Halbwahrheiten über die geplanten Wettbewerbsrichtlinien der EU für den öffentlichen Nahverkehr gingen CDU-Ratsfraktionsvorsitzender Bietmann und der Vorstand der KVB Ende November in die Offensive, um die Zerschlagung der KVB-Strukturen und Lohndrückerei nach Gutsherrenart durchzusetzen.

Statt gemeinsam mit Nutzern und Beschäftigten der KVB nach Wegen zu suchen, einen zukunftsfähigen öffentlichen Nahverkehr in kommunalem Eigentum ohne Öko-, Lohn-, und Sozialdumping auszubauen und vor privater Schmutzkonzurrenz zu schützen, versuchten sie nicht zum ersten Mal, Rat und Arbeitnehmervertretungen zu überrumpeln und selbst an der Abwärtsspirale bei Einkommen und Arbeitsbedingungen zu drehen.

Sie schlugen vor, im Rahmen einer - im Eigentum der kommunalen Stadtwerke AG verbleibenden - Holding das Schienennetz inklusive der zugehörigen Bau- und Werkstattbereiche aus der KVB herauszubrechen und einer neu zu gründenden Fahrweggesellschaft unter Einbeziehung der Hafengebäuden (HGK) zu übergeben. Weiterhin sollte die Koordination der Busverkehre an die RVK übergehen, um Neueinstellungen von Fahrern künftig zu schlechteren Bedingungen dort vorzunehmen.

Der gemeinsame Kern beider Vorschläge: Flucht aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes, da die neuen Gesellschaften nicht durch die Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband an die Tarife des öffentlichen Dienstes gebunden sind.

In einer gemeinsamen Erklärung, die bei der Kundgebung der KVB - Beschäftigten am 6.12. verteilt wurde, stellten die Mandatsträgerinnen der Kölner PDS, Ulla Lötzer, MdB, Jörg Detjen und Sengül Senol, MdR sowie die BezirksvertreterInnen Barbara Koberg, Thomas Leber und Mi-

chael Weisenstein dazu fest:

„Genüsslich hat CDU-Fraktionsvorsitzender Bietmann auf seiner Pressekonferenz am 27. 11. der Öffentlichkeit vorge-rechnet, wie beim Gehalt eines Busfahrers mit 2 Kindern mal eben 10.000 DM im Jahr durch Tariffucht gespart werden können. Insgesamt geht es bis zum Jahr 2009 um 99,5 Millionen DM, die auf Eure Kosten eingespart werden sollen. Wer so denkt und handelt, der will den Wettbewerb um immer schlechtere Arbeitsbedingungen, der schafft die Zwänge des Wettbewerbs selbst, auf die er zu reagieren behauptet.“

Im Rat der Stadt wird die PDS/OL der geplanten Ausgründung einer Fahrweggesellschaft und der Verlagerung des Busbetriebes unter das Dach der RVK nicht zustimmen.

Mit ihrer Kundgebung und der von

den ArbeitnehmervertreterInnen durchgesetzten Sondersitzung des Aufsichtsrates erreichten die Beschäftigten immerhin die Zusagen, dass Mitbestimmungsrechte künftig eingehalten und seitens des Vorstandes ein Zukunftskonzept für die KVB vorgelegt wird. Dieses Konzept wird nach den Vorankündigungen im KStA vom 9.12. auf eine weitreichende Kooperation der KVB mit den Stadtwerken Bonn bis hin zu einer faktischen Fusion beider Unternehmen hinauslaufen und lässt offen, ob an dem Ziel der Tariffucht festgehalten wird.

Noch im August hatten der deutsche Städtetag, der Verband der Verkehrsunternehmen und die ÖTV gemeinsam festgestellt, „dass der Wettbewerb nicht einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf und im Fall von Ausschreibungen auch arbeits- und sozial-

Fortsetzung Seite 2



Demonstration der 25 000 gegen Neofaschismus und (alltäglichen) Rassismus

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern erholsame
Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr

rechtliche Qualitätsniveaus einbezogen werden“ müssen.

Die PDS wird sich im Rat dafür einsetzen, dass diese Positionen nicht unterlaufen werden.

Als ersten Schritt wird die PDS auf der Ratssitzung am 14. 12. beantragen, dass die Flucht aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bei allen Planspielen kategorisch ausgeschlossen wird.

W.L.

■ Partnerstadt Istanbul

Hungerstreik in Gefängnissen

Die Probleme in den türkischen Gefängnissen nehmen kein Ende. In den letzten zwanzig Jahren führte der türkische Staat eine Unterdrückungs- und Einschüchterungspolitik gegen politische Gefangene. Die sehr eingeschränkte Rechtsstellung der politischen Häftlinge wurde immer mehr verschlechtert. Sie haben gegen diese Repressionen stets Widerstand geleistet. In den neunziger Jahren kam es in den türkischen Gefängnissen zu diversen Massakern an politischen Gefangenen.

Mittlerweile ist die türkische Regierung dazu übergegangen, ein Einzelhaftsystem, die sog. F-Typ-Gefängnisse, einzuführen. Die Gefangenen sollen voneinander getrennt und von der Aussenwelt abgeschottet werden. Dadurch sollen sie willenlos und damit politisch unschädlich gemacht werden. Deshalb befinden sich seit über 45 Tagen in verschiedenen Gefängnissen unserer Partnerstadt Istanbul mehr als hundert politische Häftlinge im Hungerstreik. Nach einer Stellungnahme des Menschenrechtsvereins Istanbul ist der Gesundheitszustand der Häftlinge besorgniserregend. Sie befinden sich gegenwärtig im Stadium des sogenannten Todesfastens, indem sie auch kein Wasser mehr zu sich nehmen. Obwohl viele Häftlinge im Sterben liegen, geht das türkische Justizministerium nicht von seinen Maßnahmen ab. Aus Solidarität findet auch in Köln auf der Domplatte ein Hungerstreik statt.

Mit ihrer Anfrage vom 29. November 2000 hat die Ratsgruppe der PDS/OL diese Zustände auf die Tagesordnung des Kölner Hauptausschusses gesetzt.

Am 4. Dezember wurde die Anfrage behandelt. Auf Anfrage von Ratsmitglied Senol versicherte OB Schramma, daß er mit seinem Amtskollegen Müfit Gürtuna aus Istanbul Kontakt aufnehmen will. Anderer Sitzung nahmen auch die Teilnehmer der Hungerstreik am Domplatte teil.

sen

UN-Flüchtlingskommissarin eröffnet Ausstellung in Köln

„Verlorene Kindheit“

Zum 50. Jahrestag der Gründung des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR fand im Museum Ludwig die Eröffnung einer Ausstellung über das Schicksal von Flüchtlingen in den letzten 50 Jahren statt, an der auch die UN-Flüchtlingskommissarin Oga-ta teilnahm.

Anlässlich der Veranstaltung überreichte PDS/OL-Ratsmitglied Senol der Flüchtlingskommissarin einen offenen Brief zur Situation der Flüchtlinge in Deutschland. Sie schilderte, dass Bosnien- und Kosovo-Flüchtlinge oft bei Nacht und Nebel abgeschoben werden. Für kurdischen Flüchtlinge wurde lange Zeit der Aufenthalt in Kirchenasylan geduldet. Mittlerweile bie-



Roger LeMoyné „Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina, 1994“

ten auch Kirchen keinen Schutz mehr vor Abschiebung.

Senol bat die UN-Flüchtlingskommissarin um Mithilfe, damit sich die Situation der Flüchtlinge in Deutschland verbessert.

sen

■ Beschäftigungschancen

Quotenregelung in Sicht?

Nachdem der Ausländerbeirat in seiner Oktober-Sitzung angeregt hat, die Stadtverwaltung für Migranten zu öffnen, wurde diese Forderung durch Anträge von SPD und PDS-OL im Rat thematisiert.

In der November-Sitzung des Rates führte dies zu einer turbulente Diskussion. Denn in einem Zusatzantrag wurde von der PDS/OL-Ratsgruppe gefordert, dass der Rat die Verwaltung beauftragen soll, zu prüfen, inwieweit der Anteil der Beschäftigten mit einem Migrationshintergrund bei der Stadt und den stadtnahen und stadteigenen Betrieben verbessert werden kann, insbesondere durch eine Quotenregelung für den mittleren und gehobenen Dienst. Außerdem sollte die Verwaltung beauftragt werden, einen jährlichen Entwicklungsbericht vorzulegen.

Die SPD unterstützte lediglich die Forderung nach einem jährlichen Entwicklungsbericht. Alle im Rat vertretenen Parteien, mit Ausnahme der PDS, wandten sich gegen eine Quotenregelung bei Beförderungen und Einstellungen im mittleren und gehobenen Dienst für Migrantinnen und Migranten.

■ Kongress der Föderation der Aleviten

PDS/OL fordert Vertreter im Schulausschuss

Am 24./25. November fand in Köln ein zweitägiger Kongress der „Föderation der Alevitischen Vereinigungen in Deutschland“ statt. Daran nahmen über 200 Delegierte und Gäste aus der Türkei und Euro-

pa teil. Für die PDS/OL-Ratsgruppe nahm Sengül Senol an der Veranstaltung teil. Ihre Grußwort wurde verlesen. Die Forderung der PDS/OL-Ratsgruppe nach Entsendung eines alevitischen Vertreters in den Schulausschuß im Rat der Stadt Köln wurde von den Delegierten sehr positiv aufgenommen. Haupttagesordnungspunkt waren die Neuwahlen des Vorstandes, die mit der der Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Turgut Öker und vieler seiner Vorstandskollegen endeten.

■ DIDF Kongress

20 Jahre Einsatz für Migranten gefeiert

Die „Föderation der demokratischen Arbeitervereinigungen (DIDF)“ tagte Anfang Dezember im Riehler Jugendgästehaus in Köln, Über hundert Delegierte und zahlreiche Gäste nahmen an der Veranstaltung teil. Neben deutschen Gewerkschaftern waren für den Kölner PDS-Sprecher Christoph Wiese und Norbert Bendorf anwesend. Für die PDS/OL-Gruppe im Rat überbrachte Sengül Senol dem Kongress ein Grußwort, das verlesen und von den Delegierten mit herzlichem Beifall aufgenommen wurde. An diesem Tag feierte die bundesweite Organisation DIDF auch ihr zwanzigstes Gründungsjahr. Seit ihrem Bestehen setzt sie sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für die Gleichstellung der Migranten ein.

Bei den Vorstandswahlen wurde Hüseyin Avgan erneut in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

■ BV Nippes

PDS-Offene Liste Stadtteilgruppe Nippes legt Arbeitsschwerpunkte für 2001 fest.

Bei der letzten Sitzung der Stadtteilgruppe Nippes haben sich die Anwesenden auf einen Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2001 geeinigt. Die Gruppe wird sich weiterhin intensiv mit dem Thema Antifaschismus beschäftigen.

Vorgesehen ist die Durchführung einer Veranstaltungsreihe, bei der die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden soll. Wichtig erscheint hierbei, dass dies nicht im Alleingang passiert, vielmehr soll mit anderen Organisationen wie der VVN-BdA, aber auch mit Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Jugendorganisationen etc. zusammengearbeitet werden. Es soll erreicht werden, die Erinnerung an den Faschismus im Stadtteil wach zu halten, hierzu kann die Veranstaltungsreihe beitragen. Auch Gedenktafeln oder Ausstellungen sind Ziele, welche die PDS-OL in Nippes verfolgt.

Wer mitmachen will ist herzlich eingeladen: Am 19.12.00 treffen wir uns wieder im Nippeser Rathaus.

Nähere Infos bei Michael Weisenstein 760 3952 oder WeisensteinM@aol.com

MW

■ BV Nippes

Mauenheimer Schule soll in Sommer 2001 renoviert werden.

In Köln gibt es 288 Schulen. Für diese Schulen steht ein Jahresbudget von ca. 60 Millionen DM für die Instandhaltung zur Verfügung. Das hört sich nach einer Menge Geld an, ist es aber nicht; denn wenn man diese Summe auf die Schulen umlegt bleiben mal gerade 160.000 DM pro Jahr und Schule übrig. Bei einem Sanierungsrückstau von ca. 600 Millionen DM wird klar, dass dieses Geld nicht reichen kann.

Bei diesem Sanierungsrückstau handelt es sich nicht um Schönheitsreparaturen, es geht in erster Linie um die Beseitigung von Unfallgefahren und Gesundheitsgefährdungen. Die Bausubstanz ist in vielen Kölner Schulen der Verrottung ausgesetzt. Ein Beispiel ist die Schule in Mauenheim, Nibelungenstraße. Die Eltern der Kinder dieser Schule sind verzweifelt: Die Feuchtigkeit in den Klassenräumen kommt von oben (Dach kaputt) und unten. Die Schule ist nicht unterkellert, die Holzbodenkonstruktion wird seit Jahren nicht gepflegt, der Boden ist

naß, es wuchert der Schimmelpilz, Kinder und Lehrer sind durch diese Schimmelpilze krank.

Seit Jahren versucht die Elternschaft, die Stadt dazu zu bewegen, zumindest die schlimmsten Mängel zu beseitigen. Es besteht akute Unfallgefahr, weil beispielsweise (seit 5 Jahren!) in der Turnhalle der Prallschutz an den Heizungen fehlt. Letzte Woche hat sich ein Kind an den ungeschützten Heizungen so stark verletzt, dass es im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Das Gebäudemanagement hat den besorgten Eltern zugesagt, diesen Prallschutz nun endlich anzubringen. Insgesamt müssen für die Renovierung der Schule in der Nibelungenstraße ca. 2 Millionen DM ausgegeben werden. In den Sommerferien soll die Renovierung beginnen. Das Geld für die dringenden Renovierungsausgaben wird aus dem 60-Millionen-Topf bezahlt. Der Renovierungsstau an den Schulen wird wohl größer werden. Es muß eine generelle Wende in der Finanzpolitik in dieser Stadt eintreten. Die Bevölkerung braucht keine Megaprojekte, die Menschen brauchen verantwortungsvolle Politiker, die sich für die Belange der Menschen einsetzen, die dafür Sorge tragen, dass die Kinder in ordentlichen Räumen unterrichtet werden können. MW

■ BV Nippes

Darf es ein bißchen mehr sein?

Das neue Rathaus in Nippes ist eine Bereicherung für den Stadtteil. Es wird von den Menschen aus dem Stadt-Bezirk als Rathaus, aber auch als Gemeinwesenzentrum genutzt. Neben dem Rathaus sind beispielsweise die Stadtbibliothek und die VHS in dem Gebäude untergebracht.

Eine Stadtbibliothek in Nippes gab es aber auch schon, bevor das neue Rathaus stand. Die alte Stadtbibliothek wurde von den Nippesern gerne und oft genutzt. Es besteht kein Zweifel: die neue Bibliothek ist größer, moderner, schöner. Dies hat allerdings auch einen sehr hohen Preis. Die Miete für die neue Bibliothek ist in etwa sechsmal so hoch wie die für die alte in der Blücherstraße. Nun könnte man meinen, dies sei alles so in Ordnung, endlich gibt die Stadt etwas aus für die Bildung und Kultur ihrer EinwohnerInnen. Allerdings gibt es einen Pferdefuss, andere Bibliotheken sind langfristig in ihrem Bestand gefährdet, wenn sie nicht im Voraus schon geschlossen worden sind, wie beispielsweise die Stadtbibliothek in Weidenpesch.

Die Schließung der Stadtbibliotheken in der Südstadt und in Braunsfeld sind in der Diskussion.

Ob die Stadtbibliothek in Nippes künftig die höheren Mieten aus ihrem Budget finanzieren kann, will heute niemand definitiv zusagen. Klar ist, dass der Vermieter auf seine Miete nicht verzichten wird, hoffentlich müssen am Ende nicht die Bürger auf eine gute Bibliothek im Stadtteil verzichten. MW

■ BV Ehrenfeld

CDU „warnt“ PDS/OL-Vertreter

Der Bezirksvertreter der PDS/offene Liste zeigt sich empört über das Verhalten von CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralph Elster. Anlass ist die Debatte die über ein von Thomas Leber gestellten Antrag. Dieser forderte, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld Akzente gegen Diskriminierung von ethnischen Minderheiten, Flüchtlingen, Roma, Sinti, Schwulen, Lesben und Menschen mit anderen kulturellen und religiösen Hintergründen setzen und gegen Gewalttaten von Rechts Gesicht zeigen sollte. Darüberhinaus dürfe die Bezirksvertretung keinerlei neofaschistische Aktionen zur Verbreitung von „braunem“ Gedankengut dulden. Darüberhinaus wird an die Einwohner des Stadtbezirks und ganz Kölns appelliert, Zivilcourage für mehr Demokratie zu zeigen und Aktionen gegen rechte Bewegungen und Gruppierungen zu unterstützen.

„In den letzten zehn Jahren sind deutschlandweit mehr als 120 Todesopfer als Folge von Gewalttaten der rechtsradikalen Szene zu beklagen. Ein Zustand, der höchst alarmierend ist und nach Aktionen gegen diesen Terror von Rechts verlangt, zumal die Dunkelziffer ziemlich hoch ist, viele Opfer stellen aus Angst vor Vergeltung keinerlei Strafanzeigen.“

In einer Stadt wie Köln, die durch ihre Geschichte schon als multikulturell zu betrachten ist und sich gern ihrer Weltoffenheit rühmt, gibt es keinen Platz für Gewalt und Diskriminierung“, so die Begründung des Antrags.

Die Fraktion Bündnis'90/Die Grünen legte einen präzisierten Änderungsantrag mit geänderten Wortlaut vor, dem sich Bezirksvertreter Leber anschloß.

„Die Art und Weise, wie die Debatte seitens der CDU-Fraktion geführt wurde, ist für mich in keinsten Weise akzeptabel“, erklärte Leber. Ferner zeigte er sich äußerst enttäuscht und empört über eine Aussage von Bezirksvertreter Dr. Elster. Dieser warnte nämlich Herrn Leber davor, sich nicht „als Wächter über die Demokratie zu verstehen“. Die PDS solle hinsichtlich ihrer Geschichte sehr vorsichtig sein und nicht mit Anträgen „Klassenkampfstimmung“ provozieren. Bezirksvertreter Preckel (CDU) mahnte an, dass in

Religion „sehr gut“ – Kopfrechnen „mangelhaft“


Das Pausenzeichen in den Kölner Schulhöfen schrillte an diesem Montag besonders laut durch die Flure und Gänge, selbst auf den Schulhöfen war der Mißklang unüberhörbar.

An diesem 27. November 2000 beschlossen CDU- und FDP-Fraktion in gewohnter Einmütigkeit gegen die opponierenden SPD- und Grünen-Schulmeister, auf den Grundschul-Zeugnissen der Klassen drei und vier das (Leer)Fach „Religion“ wieder an die erste Stelle zu setzen.

Die drei Weisen der örtlichen Schulaufsicht bewahrten derweil im Ausschuß für Schule und Weiterbildung demonstrativ Gleichmut, Und das wohl zu Recht: Ist doch der Beschluß nichts mehr als eine pure Absichtserklärung, die niemanden, also auch nicht die Grundschulen, in irgendeiner Weise daran zu binden vermag. Nach geltendem Recht befinden die Grundschulen in eigener Zuständigkeit, in welcher Reihenfolge die ordentlichen Lehrfächer, das sind die noten- und versetzungsrelevanten, auf den Grundschulzeugnissen der beiden letzten Klassen aufgelistet werden; glücklicherweise oder, frömmelnd, gottseidank, möchte man spontan kommentieren. Und noch eines: die Reihenfolge ist keine Rangfolge. Allerdings unterstreicht die in das freie Ermessen der einzelnen Grundschule gelegte Fächerdarstellung zumindest ansatzweise, daß sich die Schule in unserer pluralistischen Gesellschaft weltanschaulich neutral verhalten sollte und das erzieherische Selbstbestimmungsrecht der Eltern bis zur Religionsmündigkeit des Kindes beachtet werden muß. Die Oberste Grundschulaufsicht, Ministerialratin Barthel, nennt den

unseligen Beschluß treffend „unsinnig“. Sie weist darauf hin, daß die Schulen eigene Zeugnisvordrucke erstellen können, ohne auf „neue“, nunmehr auf CDU/FDP-Parteilinie gebrachte Zeugnismuster, die die Stadt „erleichternd“ zur Verfügung stellt, angewiesen zu sein. Für Tendenzschulen, etwa Römisch-Katholische Grundschulen, mag der Beschluß eine willkommene „Handreichung“ sein, Was aber geschieht, wenn das Schulkind vom Religionsunterricht kraft elterlichen Erziehungsrechts befreit wird? Welche Eltern wagen diesen selbstbewußten Schritt überhaupt? Fragen tauchen dabei auf, die hier und heute nicht beantwortet werden können. Oft sind Lehrkräfte mit Lehrerberlaubnis (z.B. missio canonica) fächerübergreifend, so auch noch im Mathematik-Unterricht, tätig. Welchem Druck aus welcher Richtung sind dann LehrerInnen und SchülerInnen ausgesetzt? Was geschieht, wenn dem Fach „Religionslehre“ der erste Rang aus Sicht der Ratsmehrheit eingeräumt wird und im Zeugnis der Vermerk „befreit“ amtlich testiert, daß Eltern auf die religiöse Selbstbestimmung bestanden haben? Enthält das Zeugnis dann quasi ein Kainsmal als Wasserzeichen? Was macht das „befreite“ Kind in der (religions)unterrichtsfreien Zeit? Ein Ausweg aus diesem Dilemma scheint nun in Sicht, zumindest an weiterführenden Schulen: seit dreieinhalb Jahren wird im Land in der Sekundarstufe 1,

Klippschule Grundschule
Name und amtliche Bezeichnung der Schule


Stadt Köln

Zeugnis Klasse **4** (2. Halbjahr) Schuljahr **2000/2001**

für Köbes Platzjabbeck

geboren am 11.11.1990

Fächer:

Sprache	Kunst/Textgestaltung
- Sprachgebrauch	_____
- Lesen	_____
- Rechtschreiben	_____
Sachunterricht	_____
Mathematik	<u>mangelhaft(5)</u>
	Kunst/Textgestaltung
	Musik
	Religionslehre <u>sehr gut (1)</u>
	Sport

Bemerkungen: glaubt alles, prüft nichts.

Der Schüler / Die Schülerin wird in Klasse versetzt / nicht versetzt. *)

Konferenzbeschluss vom: _____

Köln, den _____

Klassen neun und zehn, versuchsweise anstelle des Religionsunterrichtes „Praktische Philosophie“, vergleichbar etwa LER (Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde), wie z.B. in Brandenburg, gelehrt. Der Versuch endet mit dem laufenden Schuljahr. Wie der ministerielle Referent für Werteerziehung, politische Bildung und Religionsunterricht, Prof. Dr. Pöldau, mitteilte, sprechen die bislang gemachten Erfahrungen für eine endgültige Einführung des Lehrfaches „Praktische Philosophie“ durch den Düsseldorfer Landtag. Unreflektierte Anträge einer klerikal-faschistischen Clique, die politisch ungestraft ohne jeden Skrupel der christlichen Religionslehre einen Rang einräumen will, der ihr in unserer Gesellschaft schon längst nicht mehr zukommt, werden dann zu jenen aberwitzigen Anekdoten gehören, von denen die Religionsgeschichte bände-weise zu erzählen weiß.

breu

Fortsetzung von Seite 3

dem Antrag von Herrn Leber „die Gewalt, welche von linksradikalen Gruppen auf Demonstrationen ausgeht“, völlig unberücksichtigt bliebe.

Für die PDS/Offene Liste ist diese Art der „Diskussionsführung“ in der BV Ehrenfeld seitens einiger Vertreter der CDU-Fraktion unvereinbar mit einem fairen Umgang miteinander.

„Wenn ein solches Verhalten Mittel dafür ist, um seitens der CDU auf ihre Oppositionsrolle aufmerksam zu machen, dann ist das die falsche Methode. Außerdem sei ein respektvollerer Umgang mit Themen wie Flüchtlingspolitik und Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter nötig. Die vergangene Sitzung ist dafür kein gutes Beispiel“, so Thomas Leber zur Sitzung vom 13.11.

■ KurdInnen in Migrationsforschung:

Sichtbare und unsichtbare Anteile

Vom 6.12. bis 7.12. fand eine zweitägige Tagung an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln statt, die von dem neu eingerichteten Zentrum für Kurdische Studien veranstaltet wurde.

Vorgestellt wurden die aktuellen Forschungsergebnisse aus dem Bereich Kurdische Studien. VertreterInnen aus den verschiedenen Migrationsforschungsinstituten hielten Vorträge. Dargelegt werden sollte, wer, was und warum zu den KurdInnen in der Diaspora forscht. So ganz eindeutig waren zwar die Forschungsergebnisse nicht, jedoch für den Anfang stellte die Tagung einen wichtigen Beitrag dar.

Ergebnissen und Infos unter folgender Adresse:

Universität zu Köln, FiSt, Kurdische Studien, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Tel 0221-470-46 46, Fax 0221-470-47 17, email: [HYPERLINK](mailto:HYPERLINKmailto:Siamend.Hajo@Uni-Koeln.de)

Hamide Akbayir,
Mitglied des Ausländerbeirats Köln

Termine

Achtung! Erst wieder ab 10. Januar

Mittwoch, 18.00 Uhr:
Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3.